

Umwelt war nicht wahlentscheidend

Von der Schwierigkeit, Klimapolitik zu verkaufen

Bernhard Weßels

Summary: The 2021 Federal Elections did not bring about a clear mandate to do everything possible to counter the threat of a climate catastrophe. Interests are too diverse, concerns regarding possible losses of prosperity too great. The parties are thus stuck in a dilemma that they themselves must resolve. It is not only a matter of representing the will of the voters, but also of helping to shape it. As the Basic Law states: The parties participate in the formation of the political will of the people.

Kurz gefasst: Ein klares Mandat der Wähler:innen, mit aller Kraft etwas gegen die drohende Klimakatastrophe auf den Weg zu bringen, hat es bei der Bundestagswahl 2021 nicht gegeben. Zu differenziert sind die Interessen, zu stark die Befürchtungen hinsichtlich möglicher Wohlstandsverluste. Die Parteien stecken damit in einem Dilemma, das sie aber selbst auflösen müssen. Sie müssen den Wähler:innen wollen nicht nur repräsentieren, sondern ihn auch mitgestalten. Wie es im Grundgesetz heißt: Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit.

Die Bundestagswahlen 2021 sind „Schicksalswahlen“ genannt worden, der Wahlkampf wurde als Klimawahlkampf aufgeladen. Der Gipfel der G-20-Länder im Oktober schloss mit dem Versprechen, bis zur Jahrhundertmitte Klimaneutralität zu erreichen und die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen, allerdings ohne konkrete Maßnahmen und Verpflichtungen. Auf dem Klimagipfel in Glasgow kritisierte Kanzlerin Merkel am 1. November zu langsame Fortschritte – sie, die 1995 die erste Vertragsstaatenkonferenz als Umweltministerin leitete und 16 Jahre Bundeskanzlerin war (Christoph Bals von Germanwatch bezeichnete dies als Ironie der Geschichte).

Was ist für die Politik so schwierig am Klimaschutz und an der Vermeidung der Klimakatastrophe? Warum geht es augenscheinlich zu langsam, und warum wird erst jetzt, mehr als fünf Dekaden nach den ersten Warnungen des Club of Rome 1968 von der Kanzlerin eine „Dekade des Handelns“ gefordert?

Es mag zynisch klingen, aber im Gegensatz zur Corona-Pandemie hat der Klimawandel bisher kaum sichtbare Tote hinterlassen. Und so kann immer noch relativ unbefangenen Wohlstand gegen Klimaschutz ausgespielt werden. Die ungeheure Kostendimension, die in der Umwelt- und Klimafrage steckt, und die augenscheinlich noch zu geringe Sichtbarkeit der Verteilungsfolgen für Wirtschaft und Gesellschaft machen die Klimafrage zu einer umkämpften Frage. Verhandelt werden unterschiedliche Wahrnehmungen von Gefährdungen und unterschiedliche Interessen. In einer solchen Gemengelage ist die einfachste Strategie der Politik das Nichthandeln, denn sobald Maßnahmen ergriffen werden, stehen Wähler:innenstimmen auf dem Spiel. So jedenfalls scheint das Kalzül der Parteien zu sein. Liegen die politischen Akteure damit richtig?

Eine kurz vor der Bundestagswahl durchgeführte Umfrage im Rahmen der Deutschen Wahlstudie GLES zeigt eine große Vielfalt von Einschätzungen und Präferenzen in der Wählerschaft. Das Thema Klimawandel ist nur etwa 30 Prozent der Bürger:innen sehr wichtig. Die Wichtigkeit ist nach Parteipräferenzen höchst unterschiedlich verteilt: Etwa zwei Drittel derjenigen mit einer Präferenz für die Grünen erachten das Thema als sehr wichtig, aber lediglich etwa 5 Prozent derjenigen mit AfD-Wahlpräferenz. Auch die Beunruhigung hält sich in Grenzen. Befragt danach, inwieweit eines von neun genannten aktuellen Themen den Befragten sehr große Angst mache, lagen drei mit Anteilen von jeweils etwas mehr als 20 Prozent der Bürger:innen an der Spitze: der Zuzug von Ausländer:innen, der internationale Terrorismus und die Klimaerwärmung. Die Themen Zuzug von Ausländer:innen und Klimaerwärmung polarisieren am stärksten zwischen den Parteianhängerschaften. Der Zuzug von Ausländer:innen wird von mehr als der Hälfte mit Präferenz für die AfD mit sehr großer Angst besetzt, die Klimaerwärmung von etwas mehr als 40 Prozent der Grünen-Klientel. Die größten Differenzen bei diesen beiden Themen liegen zwischen AfD und Grünen. Es gibt allerdings einen auffälligen Unterschied zwischen den beiden Themen: Der Zuzug von Ausländer:innen ist bei den Unterstützer:innen der übrigen Parteien, also CDU, CSU, SPD, FDP und der Linken, durchgehend für rund 20 Prozent mit Angst besetzt. Die Klimaerwärmung hingegen wird lediglich von 6 Prozent mit CSU-Präferenz und 14 Prozent mit CDU- oder FDP-Präferenz als Angstthema genannt. Sowohl die Relevanz des Themas als auch die Ängste vor der Problemlage halten sich also in Grenzen und sind nicht gleichmäßig über poten-

zielle Parteiwählerschaften verteilt. Damit gibt es auch kein einheitliches Mandat von den Bürger:innen für die politischen Parteien. Nur unter denjenigen mit einer Präferenz für die Grünen gibt es eine satte absolute Mehrheit derer, die das Thema als sehr wichtig ansehen; sehr große Angst vor den Folgen der Klimakrise haben allerdings auch unter ihnen weniger als 50 Prozent.

Recht deutlich wird die Schwierigkeit im Umgang mit der Klimakrise, wenn ein Zielkonflikt zwischen Klimaschutzpolitik und Wachstum, das die meisten Menschen mit Wohlstand und Wohlergehen verknüpfen, gesehen wird. Befragt danach, ob die Bekämpfung des Klimawandels Vorrang haben soll, auch wenn es dem Wirtschaftswachstum schadet, stimmten im Durchschnitt 12 Prozent der Wähler:innen sehr stark zu; nimmt man die Kategorien „sehr stark“ und „stark“ zusammen, waren es mit 19 Prozent auch nicht viel mehr. In dieser Frage stimmen selbst Personen, die die Absicht hatten, die Grünen zu wählen, lediglich zu einem Drittel zu.

Debatten über den Klimawandel sind in der Öffentlichkeit stark präsent. Dennoch haben weder die Einschätzung der Relevanz noch die Ängste und auch nicht die klimapolitischen Politikpräferenzen die Wahlentscheidung der meisten Menschen maßgeblich beeinflusst. Nur die Wahl der Grünen ist davon ausgenommen. Die Wahrscheinlichkeit, dass eine Person die Grünen wählen würde, die das Thema als sehr wichtig ansah, Angst vor den Folgen des Klimawandels hatte oder die der Klimapolitik den Vorrang vor Wirtschaftswachstum gab, lag bei etwa 60 bis 70 Prozent. Für CDU/CSU, SPD und FDP spielten diese Faktoren kaum eine Rolle. Wenn Menschen lediglich Angst vor der Klimakrise hatten, lag die Wahrscheinlichkeit, einer dieser Parteien die Stimme zu geben, zwischen 20 und 30 Prozent. Demgegenüber produzierte die Angst vor Terrorismus eine Wahrscheinlichkeit von etwa 60 Prozent für eine Stimmabgabe für die SPD. Für die AfD ergeben sich für das Thema Klima allenfalls negative Effekte, positive Effekte hingegen bezogen auf die Frage nach dem Zuzug von Ausländer:innen. Große Ängste vor dem Zuzug ließen die Wahrscheinlichkeit einer Stimmabgabe für die AfD auf etwa 80 Prozent steigen.

Es bleibt dabei: Die Umwelt- und Klimafrage wird im Vergleich zu anderen politischen Fragen nach wie vor bei der Wahlentscheidung nicht so umgesetzt, dass es klare Mandate für die politischen Parteien gäbe. Das hat sehr viel damit zu tun, dass zunehmend ins Bewusstsein gerät, dass Klimapolitik, konsequent zu Ende gedacht, kolossale und kaum vorstellbare Umverteilungen zur Folge hätte. Werden die Kosten der Umweltschädigung, die für die menschliche Gesundheit und Zukunft entstehen, in Produktion und Konsum eingerechnet, ist das nicht folgenlos für Preise, Verdienste und Gewinne. Ging man vor 30 Jahren noch davon aus, dass die Ansprüche der Umweltbewegung relativ preisgünstig umgesetzt werden könnten, ist das heute nicht mehr der Fall. Dass Politiker:innen und die politischen Parteien sich angesichts dieser Interessendifferenzierung in der Gesellschaft schwertun, ist nachvollziehbar. Aber wie heißt es im Grundgesetz: Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. Es ist ihre Aufgabe, derartige Dilemmata zwischen kurzfristiger Stimmenmaximierung und mittel- bis langfristigen Zielen aufzulösen. Der Journalist Johannes Schneider urteilte am 26. September auf Zeit Online, weder der Bundestags-Wahlkampf noch die Parteien-demokratie seien der Klimakrise gerecht geworden. Dem ist wenig hinzuzufügen.

Literatur

Debus, Marc/Faas, Thorsten/Roßteutscher, Sigrid/Schoen, Harald: *GLES Tracking September 2021, T50. GESIS Datenarchiv, Köln. ZA7708 Datenfile Version 1.0.0. DOI: 10.4232/1.13799.*

Schneider, Johannes: „Ganz schön lächerlich. Klimakrise und Wahlkampf“. In: *Zeit Online*, 2021, 26. September. Online: <https://www.zeit.de/kultur/2021-09/klimakrise-wahlkampf-bundestagswahl-medien-parteien-demokratie/komplettansicht> (Stand 12.11.2021).

Weßels, Bernhard: *Erosion des Wachstumsparadigmas: Neue Konfliktstrukturen im politischen System der Bundesrepublik*. Opladen: Westdeutscher Verlag 1991.



Bernhard Weßels ist kommissarischer Direktor der Abteilung Demokratie und Demokratisierung am WZB und Professor am Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin.
(Foto: David Ausserhofer)

bernhard.wessels@wzb.eu